

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber** und **Landbauer**

zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2018,
Ltg. 1595/V-5-2017

betreffend: **Bauernbefreiung JETZT**

Die heimische Landwirtschaft ist dem Ende nahe, das Bauersterben ist längst zur bitteren Realität geworden und schreitet unaufhaltsam voran. Zu dieser Erkenntnis kommt auch der aktuell vorliegende „Grüne Bericht“. Seit 1990 mussten in Niederösterreich mehr als 30.000 Betriebe für immer schließen. Die Anzahl der Haupterwerbsbetriebe ging im Vergleich zu 1999 um rund 6.900 Betriebe (-27,4 %) zurück. Noch stärker betroffen sind die Nebenerwerbsbetriebe, wovon seit dem Jahr 1999 mehr als 8.400 schließen mussten.

Hauptverantwortlich für das akute Bauernsterben – neben der Europäischen Union - ist jedoch die – hausgemachte - bauernfeindliche Politik in Österreich. Vergleicht man unser Land etwa mit Nachbarstaaten aus dem ehemaligen „Osten“, machen Bund und Land den Landwirten das Leben immer schwerer. Durch unzählige Gesetzschikanen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene werden die Landwirte reihenweise in den Ruin getrieben. Hinzu kommen bürokratische Hürden (Formularunwesen und x-fache Überprüfungen für jedes Minimalansuchen), die nur dazu da sind, seitens des Landes oder des Bundes die Bauern in die Abhängigkeit zu treiben. Hier ist ein Rückfahren der bürokratischen Hürden unumgänglich: Es muss ein neues Fördermodell zur Absicherung des Arbeitsplatzes Bauernhof erarbeitet werden. Damit würde dieser unterstützt, gefördert, und daher gesichert werden, eine entsprechende Förderung könnte man letztlich auf einem einzigen A4-Blatt abwickeln.

Anstatt den Landwirten endlich tatkräftig unter die Arme zu greifen, kürzt das Land Niederösterreich auch noch die budgetären Mittel für den landwirtschaftlichen Bereich um rund zwei Millionen Euro. Dem gegenüber steht die Landwirtschaftskammer, die im vorliegenden Budget einmal mehr mit zig Millionen überhäuft wird. Mit

den Geldern wird ein aufgeblähter Verwaltungsapparat künstlich am Leben erhalten. Ebenso verhält sich die AMA, die in den letzten Jahren zu einer selbsternannten Finanzpolizei wurde und anscheinend nur mehr dazu da ist, um die Bauern zu schikarieren. Die AMA in der aktuell bestehenden Form gehört schlichtweg aufgelöst. Um den heimischen Landwirten wieder echte Zukunftsperspektiven bieten zu können, braucht es eine sofortige Rücknahme sämtlicher bauernfeindlicher Gesetze damit endlich wieder eine freie Bauernschaft möglich ist.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1) Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für die Absicherung der noch bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe durch folgende Maßnahmen aus:
 - a) Rücknahme aller landwirtschaftsfeindlichen Landes- und Bundesgesetze
Umstellung des Fördersystems auf die Absicherung des Arbeitsplatzes Bauernhof
 - b) Umstellung des Fördersystems auf die Absicherung des Arbeitsplatzes Bauernhof
- 2) Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung beauftragt, alle notwendigen Schritte zu setzen:
 - a) Rücknahme aller landwirtschaftsfeindlichen Landes- und Bundesgesetze
 - b) Umstellung des Fördersystems auf die Absicherung des Arbeitsplatzes Bauernhof.“